

100 Tage Donald J. Trump. Eine frühe Bewertung einer (außer)gewöhnlichen Präsidentschaft

Florian Böller und Markus B. Siewert*

Die ersten hundert Tage der Präsidentschaft von *Donald J. Trump* waren alles andere als ereignisarm: Rücktritte, Skandale und Intrigen im und um das Weiße Haus bestimmten die Schlagzeilen ebenso wie die erfolgreiche Besetzung der Richterbank des Obersten Gerichtshofes. Gesetzgeberischen Erfolgen im Bereich der Wirtschafts- und Umweltpolitik standen mindestens ebenso viele Niederlagen gegenüber, wobei hinsichtlich letzterem die im ersten Anlauf gescheiterte Zurücknahme von Obamacare oder die gerichtlich gestoppten Einreiseverbote für Personen ausgewählter muslimischer Herkunftsländer hier lediglich die zwei prominentesten Beispiele sind. Und so offenbaren die ersten hundert Tage einen Kontrast zwischen der (Selbst-)Darstellung *Trumps* und seiner euphorischen Anhängerschaft auf der einen, der massiven Kritik führender Medien und weiter Teile der liberalen amerikanischen Öffentlichkeit auf der anderen Seite.

Ungeachtet der zahlreichen Stimmen, die in regelmäßigen Abständen von vier bis acht Jahren darauf verweisen, dass die Evaluierung einer neuen Administration nach einer so kurzen Zeitspanne wenig Aussagekraft besitze, haben sich die „first hundred days“ als zentrale Wegmarke einer ersten Bilanz etabliert.¹ Alle Präsidenten sind daher gefangen in der Ambivalenz, einerseits angesichts der öffentlichen Erwartungshaltung Erfolgsversprechungen abzugeben, und der Schwierigkeit andererseits, in einem solch kurzen Zeithorizont tatsächlich substanzelle Ergebnisse zu liefern. Bereits während des Hauptwahlkampfes 2016 hatten *Trump* und sein Team eine ambitionierte Agenda unter dem Titel „*Donald Trump's Contract with the American Voter*“ aufgesetzt. Darin wurden nicht weniger als achtzehn direkte exekutive Maßnahmen sowie zehn wichtige Gesetzesvorhaben angekündigt, die mit Amtsantritt im Zentrum der ersten einhundert Tage seiner Administration stehen sollten, um Amerika wieder „großartig“ zu machen.² Am Tag 81 seiner Präsidentschaft twitterte *Trump* dann, dass „[n]o matter how much I accomplish during the ridiculous standard of the first 100 days, & it has been a lot (including S.C. [Supreme Court]), media will kill!“³

* Für wertvolle Hinweise bedanken wir uns bei *Eva M. Haustein*. *Florian Böller* bedankt sich außerdem bei der Fulbright-Kommission für die Ermöglichung eines Forschungsaufenthalts am Center for European Studies der Harvard Universität, im Rahmen dessen Teile dieses Beitrags entstanden.

1 Ihren historischen Ursprung hat die Chiffre der 100 Tage wohl in der hundertägigen Herrschaft *Napoleons* nach seiner Flucht aus dem Exil auf Elba. Triumphierend marschierte *Napoleon* damals nach Paris, scharte erneut Heer und Nation um sich, bevor er bei Waterloo endgültig besiegt wurde. Siehe grundlegend *Richard E. Neustadt*, The Contemporary Presidency: The Presidential „Hundred Days“. An Overview, in: *Presidential Studies Quarterly*, 31. Jg. (2001), H. 1, S. 121 – 125.

2 Siehe etwa *Donald J. Trump*, Donald Trump's Contract with the American Voter, in: Donaldjtrump.com (ohne Datum), https://assets.donaldjtrump.com/_landings/contract/O-TRU-102316-Contractv02.pdf (Abruf am 3. Mai 2017).

3 Ders., Twitter Tweed vom 21. April 2017, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/855373184861962240?lang=de> (Abruf am 3. Mai 2017).

Der vorliegende Beitrag bietet eine erste Bewertung der US-amerikanischen Innenpolitik nach hundert Tagen einer Präsidentschaft, die in vielerlei Hinsicht als außergewöhnlich gelten kann. Hierzu wird eine doppelte Strategie verfolgt: Einerseits werden die Handlungen und Inhalte der neuen Administration näher beleuchtet und kritisch auf ihren substantiellen Gehalt geprüft – das heißt ihre Errungenschaften und Fehlleistungen. Diese Bewertung wird andererseits aus einer dezidiert vergleichenden Perspektive heraus vorgenommen, um den (ausbleibenden) Leistungsnachweis der *Trump*-Administration in den notwendigen Kontext zu setzen. Bei der Evaluierung stehen drei Kernbereiche im Mittelpunkt der Analyse: der Präsident in der legislativen Arena, die exekutive Seite des Regierungshandelns und die Wahrnehmung der Administration in Medien und Öffentlichkeit.⁴

1. *Trump und der Republikanische Kongress: Episoden einer komplizierten Partnerschaft im Zeichen struktureller Handlungsräume*

In jüngster Zeit geht die Wegmarke der „first hundred days“ auf die Präsidentschaft *Franklin D. Roosevelt*s zurück: „In the three months after Roosevelt’s inauguration“, so *Arthur M. Schlesinger, Jr.*, „Congress and the country were subjected to a presidential barrage of ideas and programs unlike anything known to American history.“⁵ Natürlich hinkt der Vergleich mit *Roosevelt* aus einer historischen Perspektive. Konfrontiert mit der horrenden wirtschaftlichen und sozialen Krise des Jahres 1933 berief *Roosevelt* damals die Kongressmitglieder zu einer Notsitzung ein, um ein umfassendes Arbeits- und Konjunkturprogramm aufzusetzen. Nicht weniger als fünfzehn wichtige Gesetzesvorhaben – darunter neun, die nach gängigen Standards als „bahnbrechend“ eingestuft werden⁶ – wurden damals vom Kongress verabschiedet. Ohne diesen enormen Handlungsdruck auf alle Akteure wäre *Roosevelt*s politisches Erbe, das als „First New Deal“ seinen Eingang in die Geschichte gefunden hat, sicherlich undenkbar gewesen.⁷

1.1. Success versus Failure: *Trumps* Agenda in der legislativen Arena

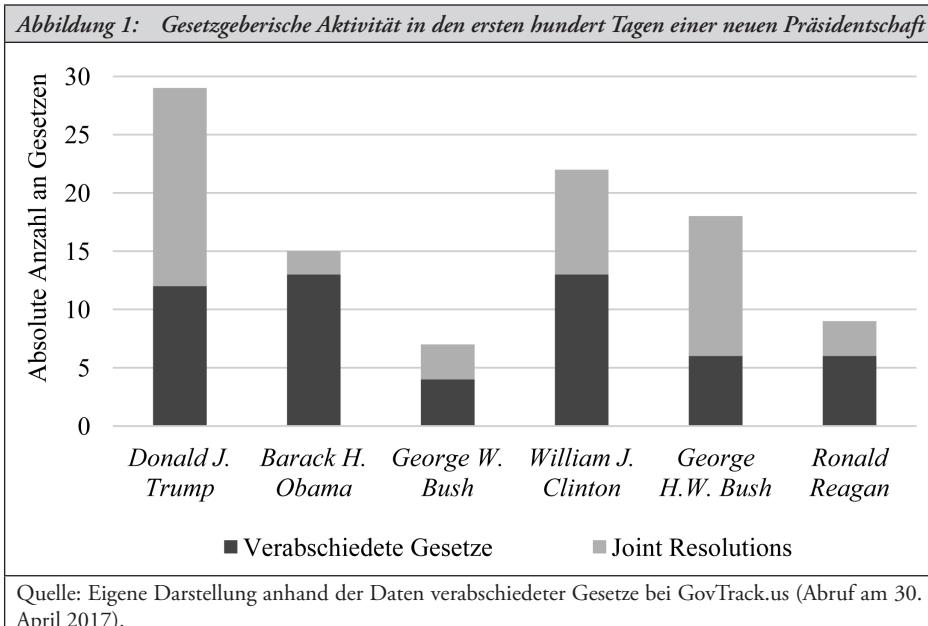
Hinsichtlich der legislativen Produktivität während der ersten hundert Tage sind erhebliche Unterschiede zwischen den Präsidentschaften der letzten Dekaden feststellbar. Die ersten

4 Vgl. *Christoph M. Haas / Markus B. Siewert*, Change (un)limited? Präsident Obamas politische Handlungsmöglichkeiten zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: *Wolfgang Jäger / Christoph M. Haas* (Hrsg.), *What a President Can – Barack Obama und Reformpolitik im Systemkorsett der USA*, Baden-Baden 2012, S. 207 – 218; *Markus B. Siewert*, Der Präsident in den USA – Zwischen Führungsanspruch und Machtbegrenzung, in: *Christian Lammert / ders. / Boris Vormann* (Hrsg.), *Handbuch Politik USA*, Wiesbaden 2016, S. 135 – 154.

5 Zitiert in *John Frendreis / Raymond Tatalovich / Jon Schaff*, Predicting Legislative Output in the First One-Hundred Days, 1897-1995, in: *Political Research Quarterly*, 54. Jg. (2001), H. 4, S. 853 – 870, S. 854. Zum historischen Ursprung der Wegmarke vgl. Fußnote 1.

6 Vgl. *Lawrence H. Chamberlain*, *The President, Congress, and Legislation*, New York 1946; *David R. Mayhew*, *Divided We Govern. Party Control, Lawmaking, and Investigations, 1946-2002*, New Haven 2005; *Stephen W. Stathis*, *Landmark Legislation*, Washington DC 2003.

7 Siehe etwa *Jonathan Alter*, *The Defining Moment: FDR’s Hundred Days and the Triumph of Hope*, New York 2007; *Arthur M. Schlesinger*, *The Coming of the New Deal, 1933-1945*, Boston 2003.



Quelle: Eigene Darstellung anhand der Daten verabschiedeter Gesetze bei GovTrack.us (Abruf am 30. April 2017).

Monate der *Trump*-Administration zählen gemeinsam mit den Anfangsphasen unter *Barack Obama* und auch *Bill Clinton* zu den aktiveren gesetzgeberischen Phasen, während unter *Reagan* wie auch *Bush Sr.* und *Jr.* deutlich weniger Gesetze zu Beginn ihrer Amtszeit beschlossen wurden (vgl. Abbildung 1). Der Republikanisch dominante 115. Kongress⁸ verabschiedete zwischen dem 20. Januar und dem 29. April 2017 nicht weniger als zwölf reguläre Gesetze und siebzehn Joint Resolutions. Dies überrascht insofern, als sich Präsident *Trump* damit nicht nur in Gesellschaft mit seinen Vorgängern der Demokratischen Partei wiederfindet, die im Allgemeinen eine größere gesetzgeberische Aktivität an den Tag legen als Republikanische Amtsinhaber, sondern diese sogar in ihrer legislativen Produktivität überbietet.

Die absolute Zahl verabschiedeter Gesetze verrät allerdings wenig über deren substantiellen Gehalt. Die ersten Gesetze des 115. Kongresses waren in erster Linie symbolische Maßnahmen, wie beispielsweise der Vietnam War Veterans Recognition Act (S. 305), der das Hissen der US-Flagge am Gedenktag zum Vietnamkrieg fördern möchte, der Promoting Women in Entrepreneurship Act (H.R. 255), der Geschlechterungleichheiten in der Wirtschaft feststellt und zu deren Überwindung aufruft, oder ein Gesetz, das die Namensgebung einer Klinik in Pago Pago auf Amerikanisch-Samoa regelt (H.R. 1362).⁹ Allerdings ist die Verabschiedung solch symbolischer Gesetze kein singuläres Phänomen der *Trump*-Ära, sondern stellt eher die Regel dar. In jüngster Zeit konnten lediglich *Obama* und *Clinton* zum selben Zeitpunkt bereits substantielle legislative Erfolge verbuchen und in dieser frühen Phase die Unterzeichnung von fünf beziehungsweise einem wichtigen Gesetz fei-

8 Vgl. den Beitrag zum 115. Kongress von Michael Kolkmann in diesem Heft der ZParl.

9 Eine Übersicht zu allen Gesetzen findet sich beispielsweise auf www.govtrack.us.

ern.¹⁰ In den ersten 100 Tagen der Präsidentschaft *Trumps* standen lediglich zwei zentrale Abstimmungen im Kongress an, die letztendlich in eine deutliche Niederlage (vorerst gescheiterte Reform von Obamacare) und in einen wichtigen Erfolg (Bestätigung von *Neil Gorsuch* als Richter am Supreme Court) mündeten.

Im Vergleich zu vergangenen Präsidentschaften sticht vor allem die große Zahl an Joint Resolutions ins Auge, die zu Beginn der *Trump*-Administration verabschiedet wurden. Zwar unterscheiden sich diese in ihrer formellen Wirksamkeit nicht von regulären Gesetzen; sie werden aber in der Regel entweder für besonders nebensächliche oder außergewöhnliche Zwecke – wie etwa zur Kriegserklärung – eingesetzt. Die derzeitige Handhabe durch den Kongress unterscheidet sich allerdings insofern von früheren Legislaturperioden, als dreizehn der siebzehn verabschiedeten Joint Resolutions das Zurückschrauben von Regulierungsmaßnahmen der *Obama*-Administration zum Gegenstand haben.¹¹ Die gesetzliche Grundlage hierzu bietet der Congressional Review Act (CRA) von 1995, der es erlaubt, mittels einfacher Mehrheiten im Kongress diejenigen größeren Regulierungen zurückzunehmen, die von *Obama* im letzten halben Jahr seiner Präsidentschaft verfügt wurden.¹² Hierzu zählen unter anderem Anordnungen in Bezug auf Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte sowie die Gesundheits- und Bildungspolitik. Auf diesem Wege wurden etwa die Lockerung von Umweltschutzbestimmungen zur Wildjagd, die Rücknahme von Regulierungen zur Landnutzung durch den Bund, die Streichung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung im Bildungswesen oder die Aufhebung von Beschränkungen beim Kauf von Schusswaffen beschlossen. Auch dürfen Bundesstaaten nun Geldmittel für Kliniken streichen, die Abtreibungen durchführen.¹³ All diese Maßnahmen stehen im Einklang mit der größeren Agenda des Weißen Hauses, wie sie unter anderem von *Trumps* engem Berater *Stephen Bannon* formuliert wurde, nämlich der „deconstruction of the administrative state“.¹⁴ Diese Strategie zielt nicht nur

10 Für die *Obama*-Administration waren dies der Lilly Ledbetter Fair Pay Act (S. 181), der Children's Health Insurance Program Reauthorization Act (H.R. 2), der American Recovery and Reinvestment Act (H.R. 1), der Omnibus Public Land Management Act (H.R. 146) und der Serve America Act (H.R. 1388); für *Clinton* war dies der Family and Medical Leave Act (H.R. 1); siehe hierzu den Datensatz von *David Mayhew*, Data From Divided We Govern (1947-1990), <http://campuspress.yale.edu/davidmayhew/datasets-divided-we-govern/> (Abruf am 30. April 2017).

11 Zur Bilanz der Präsidentschaft *Barack Obamas* vgl. den Beitrag von *Patrick Horst* in diesem Heft der ZParl.

12 Das Weiße Haus kann unilateral Regulierungsmaßnahmen ergreifen, solange sich diese auf bestehende Gesetzgebung stützen. Der CRA sieht vor, dass größere Regulierungsmaßnahmen – die im Gesetz mit etwa 100 Millionen US-Dollar Folgekosten definiert werden – vom Kongress mit einfachen Mehrheiten zurückgewiesen werden können. Allerdings kann der Präsident wie im regulären Gesetzgebungsprozess sein Veto einlegen, weshalb der CRA bis dato nur wenig zum Einsatz kam.

13 Einen guten Überblick bietet die Zusammenstellung der Washington Post: *Juliet Eilperin / Darla Cameron*, How Trump is Rolling Back Obama's Legacy, in: The Washington Post online vom 24. März 2017 (aktualisiert am 2. Mai 2017), https://www.washingtonpost.com/graphics/politics/trump-rolling-back-obama-rules/?utm_term=.27505da8331d (Abruf am 3. Mai 2017); siehe auch *Michael Grunwald*, Trump's Secret Weapon Against Obama's Legacy, in: Politico.com vom 10. April 2017, <http://www.politico.com/magazine/story/2017/04/donald-trump-obama-legacy-215009> (Abruf am 30. April 2017).

14 Die Aussage von *Stephen Bannon* findet sich in einer Rede auf der Conservative Political Action Conference (CPAC) vom 23. Februar 2017, <http://cpac.conservative.org/video/a-conversation-with-reince-priebus-steve-bannon-matt-schlapp/> (11:52 Minuten) (Abruf am 3. Mai 2017).

darauf ab, das „rote Band“¹⁵ staatlicher Regulierungen zu durchschneiden, sondern den Staat und seine Möglichkeiten der Steuerung als solche generell zurückzufahren.

Auch wenn im Bereich des Rückbaus der Bürokratie bereits konkrete Erfolge für die Administration Trumps zu verzeichnen sind, fällt die legislative Bilanz hinsichtlich der Verabschiedung substanzialer Gesetze trotz vollmundiger Versprechungen während des Wahlkampfes¹⁶ bis dato eher mager aus. Auf den ersten Blick ist dies sicherlich überraschend, schließlich steht dem Republikanischen Weißen Haus ein ebenfalls Republikanisch dominierter Kongress gegenüber. Der (vorläufig) gescheiterte Versuch, die unter Präsident *Obama* eingeführte Gesundheitsreform rückgängig zu machen und durch ein neues Gesetz zu ersetzen, zeigt jedoch, dass der Präsident selbst in einer Phase gleichgerichteter Mehrheitsverhältnisse (unified government) nicht ohne weiteres auf eine „eigene“ Mehrheit im Kongress bauen kann. So musste Ende März 2017 der Sprecher des Repräsentantenhauses, *Paul Ryan*, die hastig entworfene Alternative zu Obamacare – den American Health Care Act (AHCA) – noch vor der eigentlichen Abstimmung zurückziehen, nachdem klar wurde, dass sich in den eigenen Reihen nicht genügend Stimmen für die Gesetzesvorlage finden lassen würden.

Angesichts der Schwierigkeiten der Republikaner, Obamacare wie versprochen abzuschaffen, lassen sich insbesondere zwei strukturelle Faktoren ausmachen, die auch künftig die Präsidentschaft Donald Trumps bestimmen werden. Zum einen zeigt sich sehr deutlich die innerparteiliche Zerrissenheit der Republikanischen Partei. So offenbarte sich hinsichtlich der Inhalte der Gesetzgebung – zum wiederholten Male – die Konfliktlinie im Repräsentantenhaus zwischen fiskalkonservativen Republikanern und Tea Party-Anhängern auf der einen Seite und eher moderaten Republikanern auf der anderen Seite. Während der ultrarechte Flügel der Partei die Beibehaltung einiger zentraler Elemente von Obamacare kritisierte – etwa die Bestimmung, dass alle Versicherungen bestimmte Basisleistungen bereitstellen müssen –, bemängelten moderatere Kräfte zum Beispiel die vorgesehenen Einschnitte in das Krankenversicherungssystem für Menschen mit geringen Einkommen (Medicaid). Jenseits des kleinsten gemeinsamen Nenners, also der Abschaffung von Obamacare, ließ sich zunächst kein Ausgleich über ein neues Gesetz erzielen. Diese fehlende Kompromissfähigkeit war für die Republikaner vor allem deshalb problematisch, weil sie seit den Zwischenwahlen von 2010 die Kritik an Obamas Gesundheitsreform zum zentralen Wahlkampfthema gemacht hatten und nun nicht in der Lage waren, eine Alternative zügig durchzusetzen.

Zum anderen belegen die Republikanischen Versuche zur Gesundheitsreform auch die Grenzen präsidentieller Einflussnahme auf den Gesetzgebungsprozess. Präsident *Trump*, der im Vorfeld stets seine Kompetenzen als „Deal Maker“ herausgestellt hatte, gelang es nicht, eine hinreichende Zahl an innerparteilichen Kritikern von dem Reformvorschlag zu überzeugen. Dabei mangelte es dem Präsidenten weder an politischem Willen noch an Engagement. Vielmehr brachte sich *Trump* immer wieder persönlich sowohl mittels seiner unkonventionellen Kommunikationsstrategie über Twitter als auch in Gesprächen und Verhandlungen mit Republikanern im Kongress ein. Als ein Scheitern immer wahrscheinlicher

15 Der Ausdruck geht auf die im Angelsächsischen gebräuchliche Bezeichnung zurück, wonach staatliche Regulierungen ein „red tape“ darstellen, das durchschnitten werden muss.

16 Zur Präsidentschaftswahl sowie den Vorwahlen bei Republikanern und Demokraten vgl. die beiden Analysen von *Bernhard Kornelius* und *Torben Lütjen* in diesem Heft der ZParl.

wurde, erzielten auch die Drohungen gegenüber hartnäckigen Kritikern des Gesetzentwurfs nicht ihre gewünschte Wirkung. Alles in allem bestätigte die erste große Niederlage *Trumps* im Repräsentantenhaus daher das Bild, wonach einer erfolgreichen Einflussnahme des Präsidenten auf den legislativen Entscheidungsprozess im System der institutionellen Gewaltentrennung bei gleichzeitiger funktionaler Gewaltenverschränkung¹⁷ enge Grenzen gesetzt sind.¹⁸ Anders als in parlamentarischen Regierungssystemen verfügt die Exekutive über keine direkten Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Mitgliedern der eigenen Partei. Schwache Umfragewerte für *Donald Trump* wie auch für den Republikanischen Gesetzesvorschlag verringerten zudem die Erfolgsaussichten des Reformvorhabens. Hinzu kommt, dass bei der Konzeption des Gesetzentwurfs zahlreiche handwerkliche Fehler gemacht wurden und die Kommunikation zwischen der Administration und den Republikanern im Kongress sowohl hinsichtlich der Inhalte als auch der Strategie als nicht optimal bezeichnet werden kann. In eklatanter Weise machte sich hier auch die Unerfahrenheit im Weißen Haus bemerkbar, dem es nicht gelang, eine klare Linie gegenüber einer von zentrifugalen Kräften geprägten Legislative vorzugeben.¹⁹

Die Tatsache, dass das Repräsentantenhaus in einem zweiten Anlauf nach der 100-Tage-Marke am 4. Mai eine veränderte Fassung des AHCA mit den Stimmen der Republikanischen Mehrheitsfraktion verabschieden konnte, ändert nur wenig an dieser Diagnose. Die skizzierten strukturellen Bedingungen werden wohl auch künftig die Präsidentschaft *Trumps* mitbestimmen. Demnach dürfte der inhaltliche Konflikt zwischen konservativen Hardlinern um den House Freedom Caucus und moderaten Republikanern, vor allem organisiert in der Tuesday Group, auch in weiteren zentralen Gesetzesvorhaben der *Trump*-Administration wie zum Beispiel bei der geplanten Steuerreform oder dem künftigen Haushaltssplan eine maßgebliche Rolle spielen. Die Republikanische Führung muss Strategien und Lösungen finden, die die parteiinternen Flügel zusammenbringen, um konstruktive Politikmaßnahmen beschließen zu können. Mit Blick auf den AHCA ist die Abstimmung im Repräsentantenhaus nur ein notwendiger erster Schritt im komplexen Gesetzgebungsprozess. *Trump* und die Republikanische Kongressführung stehen nun vor der noch größeren Herausforderung, auch im Senat eine Mehrheit zu organisieren, wobei davon auszuge-

17 Vgl. *Richard E. Neustadt*, *Presidential Power and the Modern Presidents: The Politics of Leadership from Roosevelt to Reagan*, New York 1991; *Charles O. Jones*, *The Presidency in a Separated System*, Washington DC 2005; *Wolfgang Jäger*, *Who's the Chief? Präsident und Kongress im politischen System der USA*, in: *ders. / Christoph M. Haas* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 4), S. 19 – 38.

18 Statt vieler, siehe *Andrew Barrett / Matthew Eshbaugh-Soha*, *Presidential Success on the Substance of Legislation*, *Political Research Quarterly*, 60. Jg. (2007), H. 1, S. 100 – 112. *Matthew N. Beckmann*, *Pushing the Agenda: Presidential Leadership in U.S. Lawmaking, 1953–2004*, Cambridge 2010; *Jon R. Bond / Richard Fleisher*, *The President in the Legislative Arena*, Chicago 1990; *George C. Edwards*, *The Strategic President: Persuasion and Opportunity in Presidential Leadership*, Princeton 2009; *Markus B. Siewert*, a.a.O. (Fn. 4).

19 Vgl. *Andrew Rudalevige*, *President Trump Couldn't Pass Obamacare Repeal. This is Why*, in: *The Washington Post* online vom 24. März 2017, https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/03/24/president-trump-couldnt-pass-obamacare-repeal-this-is-why/?utm_term=.84a9a62d4a60; *Robert Costa / Ashley Parker / Philip Rucker*, *'The Closer'? The Inside Story of How Trump Tried – and Failed – to Make a Deal on Health Care*, in: *The Washington Post* online vom 24. März 2017, https://www.washingtonpost.com/politics/the-closer-the-inside-story-of-how-trump-tried-and-failed-to-make-a-deal-on-health-care/2017/03/24/3e6353d6-0fdc-11e7-9d5a-a83e627dc120_story.html?utm_term=.716e41d37d (Abruf jeweils am 30. April 2017).

hen ist, dass sich die Demokraten wie bereits im Repräsentantenhaus geschlossen gegen die Novelle stellen werden.²⁰ Gleichzeitig darf sich die im Senat erarbeitete Gesetzesvorlage auch nicht grundlegend vom Entwurf des Repräsentantenhauses unterscheiden, da es ansonsten noch schwieriger wird, ein gemeinsames Gesetz der beiden Kammern auszuarbeiten.

1.2. Filling the Bench, Finally! Trumps Kandidat für den Obersten Gerichtshof

Die Bestätigung von *Neil Gorsuch* als Richter für den Obersten Gerichtshof durch den Senat ist zweifelsohne ein wichtiger Erfolg in der bisherigen Amtszeit des Präsidenten. Mit *Gorsuch* wurde ein konservativer Kandidat an den Supreme Court berufen, genau wie es *Trump* im Wahlkampf versprochen hatte. Damit wird am Supreme Court hinsichtlich der ideologischen Zusammensetzung der Status quo ante wiederhergestellt, nachdem im Februar 2016 der konservative Richter *Antonin Scalia* überraschend verstorben war. Auf der neun-köpfigen Richterbank befinden sich nun wieder vier eindeutig liberal orientierte sowie vier klar konservative Richter, während dem unter Präsident *Ronald Reagan* nominierten Richter *Anthony Kennedy* in diesem Gefüge eine entscheidende Rolle als „swing vote“ zukommt.²¹

Die Berufung *Gorsuchs* konnte allerdings erst nach der Veränderung der Geschäftsordnung des Senats durchgesetzt werden. Für die Bestätigung von Nominierungen zum Supreme Court war bis dato eine Mehrheit von 60 Stimmen notwendig, da diese durch einen Filibuster geblockt werden konnte. Die entsprechende Abstimmung am 6. April 2017 verfehlte mit 55 zu 45 Stimmen diese Supermehrheit jedoch. Lediglich vier Mitglieder der Demokratischen Senatsfraktion hatten zusammen mit allen Republikanern für ein Ende der Debatte votiert, während die restlichen Demokraten um Minderheitsführer *Chuck Schumer* eine Bestätigung *Gorsuchs* ablehnten. Stein des Anstoßes waren insbesondere *Gorsuchs* Haltung zu Fragen des Wahlrechts sowie dessen Befürwortung einer unregulierten Handhabe privater Parteispenden. Neben inhaltlichen Positionen spiegelte sich in der Demokratischen Kritik allerdings auch die gravierende parteipolitische Polarisierung im Kongress wider, denn die Ablehnung der Demokraten muss nicht zuletzt als Revanche für den Umgang der Republikanischen Mehrheitsfraktion mit dem von *Barack Obama* 2016 nominierten Kandidaten *Merrick B. Garland* verstanden werden. Die Republikaner blockierten damals *Garland*, indem sie ihm eine Anhörung im Senat verweigerten, um auf diesem Wege die nach dem Tod *Scalias* aufgetretene Vakanz für den nächsten Präsidenten offenzuhalten. In beiden Fällen warfen sich die Parteien gegenseitig vor, den jeweiligen Kandidaten

20 Im 115. Senat verfügen die Republikaner über 52 Sitze und könnten sich im Falle einer geschlossenen Opposition der Demokraten nicht mehr als zwei Abweichler leisten (dann würde Vizepräsident *Mike Pence* als Senate President den Ausschlag geben). Würde die Novelle oder Teile davon nicht im Reconciliation-Verfahren durchgeführt, wäre sogar eine Supermehrheit von 60 Stimmen notwendig.

21 Vgl. *Lee Epstein / Andrew D. Martin / Kevin Quinn*, President-Elect Trump and his Possible Judges, Working Paper vom 15. Dezember 2016, <http://epstein.wustl.edu/research/PossibleTrumpJustices.pdf>; *Alicia Parlapiano / Karen Yurish*, Where Neil Gorsuch Would Fit on the Supreme Court, in: The New York Times online vom 1. Februar 2017, <https://www.nytimes.com/interactive/2017/01/31/us/politics/trump-supreme-court-nominee.html> (Abruf jeweils am 30. April 2017); *Michael A. Bailey*, Is Today's Court the Most Conservative in Sixty Years? Challenges and Opportunities in Measuring Judicial Preferences, in: Journal of Politics, 75. Jg. (2013), H. 3, S. 821 – 834.

aus taktischen Gründen zu blockieren, während die Gegenseite jeweils auf die kaum zu beanstandenden juristischen Lebensläufe von *Garland* beziehungsweise *Gorsuch* verwies.

Als Reaktion zog der Republikanische Mehrheitsführer *Mitch McConnell* unter Rückgriff auf seine parlamentarische Mehrheit die so genannte „nuclear option“²², die die Möglichkeit eines Filibusters abschaffte und es somit ermöglichte, *Gorsuch* mit einer einfachen Mehrheit auf die Bank des Obersten Bundesgerichts zu berufen. Während die Demokraten unter Führung von *Harry Reid* bereits im November 2013 eine Präzedenz geschaffen hatten, in dem sie das gleiche Verfahren für die Nominierung von Kabinettsposten und Richtern unterer Gerichtshöfe durchsetzten, so ist eine solche Vorgehensweise einmalig für die Ernennung eines Richters zum Supreme Court.²³ Zwar ist eine Änderung der Geschäftsordnung des Senats zur Abschaffung der Filibuster-Blockademöglichkeit derzeit nicht abzusehen, da auch auf Seiten der Republikaner viele Senatoren sich diese individuell nutzbare Machtoption nicht nehmen lassen wollen. Dennoch wird deutlich, dass angesichts der Zunahme der parteipolitischen Polarisierung die Akteure zumindest in Einzelfällen auch zum Bruch mit langfristigen Traditionen im Senat bereit sind.

1.3. From Russia with Love? Die Russland-Untersuchungen im Kongress

Nicht immer hat die scharfe parteipolitische Auseinandersetzung einen negativen Effekt für die Handlungsfreiheit der Exekutive. Sie kann vielmehr die Administration auch schützen, wenn sich die Fraktionen im Kongress nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen zur Kontrolle des Regierungshandelns durchringen können. Dies ist etwa der Fall in der anhaltenden Kontroverse um die Beeinflussung der Präsidentenwahl 2016 durch Russland und in der damit verbundenen Frage, welche Rolle das Wahlkampfteam um *Donald Trump* in diesem Plot spielte.

Nachdem der Kongress noch unter Präsident *Obama* im Dezember 2016 in einem Report der Geheimdienste darüber in Kenntnis gesetzt worden war, dass Russland für die Hacker-Angriffe auf die Demokratische Partei während des Wahlkampfes verantwortlich sei, forderten Vertreter beider Parteien eine eingehende Untersuchung des Sachverhalts. Durch die Aussage des damaligen FBI-Direktors *James Comey* vor dem Geheimdienstausschuss des Senats im März 2017, wonach seine Behörde auch mögliche Verbindungen zwischen *Trumps* Wahlkampfteam und russischen Geheimdienstmitarbeitern prüfe, gewann dieses Thema im öffentlichen Diskurs erheblich an Brisanz, da damit die Legitimität der *Trump*-Administration direkt betroffen war. Bereits im Februar musste *Trumps* Nationaler Sicherheitsberater *Michael Flynn* wegen verschwiegener Treffen mit russischen Diplomaten zurücktreten. Auch Justizminister *Jeff Sessions* sowie andere enge Berater wie *Jared Kushner* gerieten aufgrund ihrer Kontakte zu Russland in Erklärungsnöte. Die Kommunikationsstrategie der Administration zielte darauf, vom Vorwurf einer Verbindung zwischen *Trumps*

22 Der Begriff „nuclear option“ wurde zuerst 2003 vom damaligen Republikanischen Senator *Trent Lott* benutzt und signalisiert den mit der Abschaffung des Filibusters verbundenen Normbruch im Senat.

23 Vgl. *Russell Berman*, How Democrats Paved the Way for the Confirmation of Trump’s Cabinet, in: The Atlantic vom 20. Januar 2017, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/01/democrats-trump-cabinet-senate/513782/> (Abruf am 30. April 2017).

Beratern und Russland abzulenken und stattdessen die angebliche illegale Überwachung von Trumps Wahlkampfteam durch die Vorgänger-Administration ins Zentrum der Untersuchung zu rücken – ohne jedoch hierfür irgendwelche Beweise vorzulegen. *David Nunes*, der zunächst im Repräsentantenhaus die Ermittlungen des Geheimdienstausschusses geleitet hatte, geriet in diesem Zusammenhang in die Kritik, weil er sich ohne Kenntnis der übrigen Mitglieder seines Ausschusses mit Mitarbeitern des Weißen Hauses traf und danach ebenfalls Vorwürfe gegen die *Obama*-Administration erhob. Aufgrund der offensichtlichen Parteinahme musste *Nunes* von der Leitung der Russland-Untersuchung Anfang April zurücktreten.²⁴ Insgesamt veranschaulicht dieses Beispiel, dass in Zeiten der hyperpolarisierten Auseinandersetzung der Kongress nur bedingt in der Lage ist, seine Rolle als unabhängige Kontrollinstanz gegenüber der Exekutiven auszuüben – ein Umstand, der insbesondere angesichts der Schwere des Vorwurfs einer Verbindung zwischen ausländischen Agenten und dem Team eines Präsidentschaftskandidaten, besonderes Gewicht besitzt. Allerdings deutet die Kritik von Vertretern beider Parteien an der Entlassung von FBI-Direktor *James Comey* Anfang Mai 2017 durch *Trump* und die Ernennung von *Robert Mueller* als Sonderermittler in der Russland-Untersuchung darauf hin, dass der überparteiliche Druck durch den Kongress zunehmen und die Kontroverse *Trumps* Präsidentschaft weiterhin belasten wird.

2. Die Trump-Administration in der exekutiven Arena: Kompetitive Regierungsorganisation und unilaterale Alleingänge

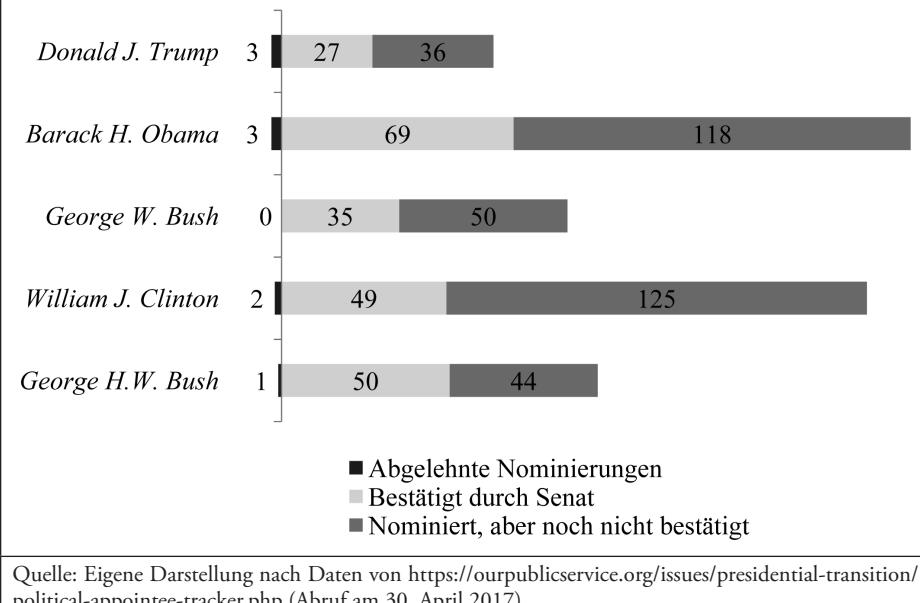
Donald Trump betonte in seiner ersten längeren Pressekonferenz am 16. Februar 2017, dass seine Administration „like a fine-tuned machine“²⁵ arbeite. Dieser Selbstbeschreibung stehen allerdings Berichte über interne Streitigkeiten im Weißen Haus, mangelnde Koordination zwischen den zuständigen Ministerien und Schwierigkeiten bei der Besetzung zentraler Positionen gegenüber. Im Vergleich zu seinen Vorgängern seit *George H. W. Bush* bestehen unter *Trump* nach 100 Tagen deutlich mehr Vakanzen innerhalb der Ministerialbürokratie. Von über 500 Posten innerhalb der Administration, die von der Nicht-Regierungsorganisation Partnership for Public Service als zentral angesehen werden, wurden erst 27 vom Senat bestätigt, während für 468 noch gar keine Nominierung vorliegt. Dies unterscheidet sich deutlich von den 69 bestätigten Positionen im gleichen Zeitraum unter *Obama* (vgl. Abbildung 2). Die *Trump*-Administration liegt auch bei der Nominierung von Regierungsbeamten deutlich hinter der Vorgängerregierung zurück. Sogar die *Bush*-Administration, die aufgrund der späten Entscheidung der Wahl 2000 durch den Supreme Court einen Startnachteil bei der Rekrutierung ihres Personals hatte, schneidet in diesem Vergleich nach 100 Tagen weitaus besser ab als das derzeitige Weiße Haus.

Die Vielzahl von Vakanzen ist einerseits damit zu erklären, dass der Leiter des „Transition Team“, New Jerseys Gouverneur *Chris Christie*, kurz nach *Trumps* Wahlsieg im November 2016 von seinen Aufgaben entbunden wurde und die Personalsuche danach von Neu-

24 Vgl. *Jürgen Wilzewski / Sönke Schreyer*, Wirbel um Untersuchung russischer Beeinflussung der Wahl von 2016, in: *Congress Report*, 32. Jg. (2017), H. 1-4, S. 15 – 19.

25 *Paul Waldman*, Trump Says, He Runs like a Fine-Tuned Machine: Here are all the Ways that’s Not True, in: *The Washington Post* online vom 17. Februar 2017, https://www.washingtonpost.com/blogs/plum-line/wp/2017/02/17/trump-says-he-runs-a-fine-tuned-machine-here-are-all-the-ways-thats-not-true/?utm_term=.c7975af27ad9 (Abruf am 30. April 2017).

Abbildung 2: Besetzung zentraler Regierungspositionen nach den ersten hundert Tagen im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von <https://ourpublicservice.org/issues/presidential-transition/political-appointee-tracker.php> (Abruf am 30. April 2017).

em begann, was die Zeit für eine ausführliche Prüfung der künftigen Mitglieder der Administration verkürzte.²⁶ Andererseits ist die Vielzahl an nicht-besetzten Stellen von der *Trump*-Administration zum Teil durchaus politisch gewollt, zumal *Trump* und seine Berater immer wieder argumentieren, dass zahlreiche Positionen nicht notwendig seien.²⁷ Presseberichten zufolge zeigen sich jedoch einige Mitglieder von *Trumps* Kabinett zunehmend darüber frustriert, dass das Weiße Haus die Personalpolitik im Detail zu steuern versucht und so die Besetzung verzögert.²⁸ Auffällig ist auch, dass zum Beispiel im Finanz- und Außenministerium auf Ebene der Deputy Secretaries und Under Secretaries noch alle Positionen vakant sind, was die Umsetzung wichtiger Vorhaben wie der Steuerreform oder auch die Steuerung internationaler Krisen erschwert haben dürfte.²⁹

26 Vgl. *Nancy Cook / Josh Dawsey / Andrew Restuccia*, Why the Trump Administration Has So Many Vacancies, in: Politico.com vom 11. April 2017, <http://www.politico.com/story/2017/04/donald-trump-white-house-staff-vacancies-237081> (Abruf am 30. April 2017).

27 Siehe entsprechende Aussagen *Trumps* im Interview mit Fox-News: *Cody Derespina*, Trump: No Plans to Fill 'Unnecessary' Appointed Positions, in: Fox News vom 28. Februar 2017; <http://www.foxnews.com/politics/2017/02/28/trump-no-plans-to-fill-unnecessary-appointed-positions.html> (Abruf am 30. April 2017).

28 Vgl. *Nancy Cook / Josh Dawsey / Andrew Restuccia*, a.a.O. (Fn. 26).

29 So konnten etwa Finanzminister *Mnuchin* und der Direktor des National Economic Council, *Gary Cohn*, bei der Vorstellung der geplanten Steuerreform – deren Beschreibung eine Seite umfasste – keine Details zur Finanzierung oder konkreten Ausgestaltung nennen. Siehe hierzu *Aaron Lorenzo / Colin Wilhelm*, Trump Tax Plan Heavy on Promises, Light on Details, in: Politico.com vom 26. April 2017, <http://www.politico.com/story/2017/04/26/steven-mnuchin-trump-tax-cuts-237628> (Abruf am 30. April 2017).

2.1. A Team of Rivals – Personalpolitik in der *Trump*-Administration

Entgegen dem von *Trump* gezeichneten Bild einer reibungslos operierenden Administration traten zudem in den ersten hundert Tagen in der Organisation des Weißen Hauses immer wieder Streitigkeiten zwischen verschiedenen Akteuren und den von ihnen repräsentierten ideologischen Strömungen auf. Folgt man entsprechenden Medienberichten ist das Weiße Haus derzeit weder besonders hierarchisch noch kollegial organisiert.³⁰ Vielmehr scheint sich *Trump* mit einer Schar wechselnder Berater zu umgeben und spontan zu entscheiden, auf wen er letztendlich hört – entsprechend seiner „Art of the Deal“-Herangehensweise als „transactional leader“.³¹ So hat *Trump* dem traditionell wichtigsten Mitarbeiter und Gate-keeper im Weißen Haus, dem Stabschef *Reince Priebus*, mit *Stephen Bannon* einen gleichrangigen Chief Strategist zur Seite gestellt. Damit ähnelt die Organisationsstruktur weniger dem klassisch hierarchischen Prinzip, wie es unter anderem *Dwight D. Eisenhower* und *Richard Nixon*, aber auch *George W. Bush* etabliert hatten, sondern folgt eher der frühen *Obama*-Administration, in der eine Vielzahl von Beratern das Ohr des Präsidenten hatten, ehe *Obama* im Laufe seiner Amtszeit ebenfalls eine stärkere Hierarchie einbaute und sich zunehmend mit einem kleineren Zirkel von Ratgebern umgab.³² Dabei zeichnet sich die *Trump*-Administration durch eine äußerst kompetitive Organisationsstruktur aus, in der die Rivalität zwischen den Gruppen vom Präsidenten gefördert oder zumindest toleriert wird. In Abwesenheit klarer formaler Kompetenzzuordnungen buhlen die einzelnen Mitglieder des präsidentiellen Teams um Einfluss und Aufmerksamkeit des Präsidenten. Als historisches Beispiel für diese Organisationsform gilt die *Roosevelt*-Präsidentschaft, die ebenfalls kompetitiv angelegt war. Die Nachteile einer solchen Organisation liegen im Reibungsverlust durch Kompetenzstreitigkeiten und sich widersprechende politische Positionen. Sie stellt außerdem hohe organisatorische Anforderungen an den Präsidenten, wenn dieser aus den unterschiedlichen Impulsen eine klare Strategie und Politikrichtung formulieren will.

Die Problematik der kompetitiven Regierungsorganisation war in den ersten 100 Tagen der *Trump*-Präsidentschaft durchaus evident. So lassen sich innerhalb des Weißen Hauses und der Administration insbesondere drei Machtgruppen identifizieren.³³ Auf der einen

30 Die Unterscheidung zwischen formalistischen (beziehungsweise hierarchischen), kompetitiven und kollegialen Führungsstilen geht zurück auf *Richard T. Johnson*, *Managing the White House. An Intimate Study of the Presidency*, New York 1974, S. 3 – 8.

31 *Annie Karni*, *Trump's Open-Door Oval Office*, in: Politico.com vom 23. Februar 2017, <http://www.politico.com/story/2017/02/donald-trump-white-house-oval-office-235278> (Abruf am 30. April 2017).

32 Grundlegend *Charles E. Walcott* / *Karen M. Hult*, *White House Structure and Decision Making: Elaborating the Standard Model*, in: *Presidential Studies Quarterly*, 35. Jg. (2005), H. 2, S. 303 – 318; *Andrew Rudalevige*, *The Decider: Issue Management and the Bush White House*, in: *Colin Campbell* / *Bert A. Rockman* / ders. (Hrsg.), *The George W. Bush Legacy*, Washington DC 2008, S. 135 – 163; ders., *Rivals, or a Team? Staff and Issue Management in the Obama Administration*, in: *Bert A. Rockman* / ders. / *Colin Campbell* (Hrsg.), *The Obama Presidency: Appraisals and Prospects*, Washington DC 2012, S. 171 – 197.

33 Vgl. *Michael Scherer* / *Zeke J Miller*, *As the White House Turns: A Guide to the Shifting Power Centers Among Trump's Top Advisers*, in: Time Magazine vom 13. April 2017, <http://time.com/4737959/shifting-power-centers-trump-advisers/>; *Larry Buchanan* / *Karen Yourish*, *The Shifting Alliances and Rival Factions Inside Trump's West Wing*, in: The New York Times online vom 14. April 2017, <https://www.nytimes.com/interactive/2017/04/14/us/politics/the-shifting-alliances-and-rival-factions-inside-trumps-west-wing-bannon-kushner.html> (Abruf jeweils am 30. April 2017).

Seite steht der populistische Flügel des Regierungsteams, innerhalb dessen *Bannon* in der zentralen Rolle als Chief Strategist einen direkten Zugang zum Präsidenten genießt. Daneben werden auch Justizminister *Jeff Sessions*, *Sebastian Gorka* (Deputy Assistant to the President), *Stephen Miller* (Senior Adviser for Policy) und *Peter Navarro* (National Trade Council Director) diesem Flügel zugerechnet. Politisch plädiert diese Gruppe vor allem für eine Umsetzung der populistischen Bestandteile von *Trumps* Agenda, insbesondere in der Immigrations- und Handelspolitik. *Bannon* und *Miller* gelten als federführend für die (vorerst gescheiterten) Exekutivanordnungen zum Einwanderungsstop von Personen aus muslimischen Ländern. Die Gruppe favorisiert zudem eine konfrontative Handelspolitik, die sich gegen China, aber auch gegen multilaterale Wirtschaftsabkommen richtet. Vor allem letzteres Themenfeld bringt den populistischen Flügel in Widerspruch zu traditionell konservativ ausgerichteten Republikanern innerhalb der Administration.

Dieser zweite Flügel umfasst einerseits Republikaner mit langjährigen Verbindungen zur Partei und innerhalb des Kongresses wie Stabschef *Priebus*, Vizepräsident *Mike Pence* sowie *Don McGahn* (White House Counsel). Außerdem zählt nach der Entlassung von *Michael Flynn* als Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten fast das gesamte außen- und sicherheitspolitische Personal zum Mainstream der Republikanischen Partei. Diese Gruppe favorisiert eine internationalistisch ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik, die vom populistischen Flügel skeptisch betrachtet wird. Mit den ehemaligen Militärs um Verteidigungsminister *James Mattis*, Secretary for Homeland Security *John Kelly* und dem neuen National Security Adviser *H. R. McMaster* sowie Außenminister *Rex Tillerson* hat sich *Trumps* Außenpolitik inzwischen auch politisch mit der Entscheidung, in Syrien militärisch zu intervenieren, oder der traditionellen Allianzpolitik gegenüber Nordkorea immer stärker von einer nationalistisch-orientierten „America First“-Politik entfernt.

Ein dritter Flügel besteht aus der Gruppe um *Trumps* Familienmitglieder, Schwiegersohn *Jared Kushner* (Senior Adviser to the President) und Tochter *Ivanka Trump* (Special Assistant to the President), die zusammen mit *Steven Mnuchin* (Treasury), *Gary Cohn* (National Economic Council Director) und *Willbur Ross* (Commerce Secretary) die so genannten „New York Moderates“ bilden.³⁴ Dieses Etikett wird von Konservativen und Populisten durchaus kritisch vergeben, die den beteiligten Personen eine liberale Orientierung in gesellschaftspolitischen Fragen vorwerfen. Bisher ist jedoch kaum zu erkennen, dass *Kushner* oder *Ivanka Trump* bei Gleichstellungsthemen, Abtreibungsfragen oder in der Umweltpolitik erfolgreich auf den Präsidenten einwirken konnten.³⁵ Dort, wo die Gruppe allerdings zusammen mit

34 Vgl. *Philip Rucker / Robert Costa*, Inside Trump's White House, New York Moderates Spark Infighting and Suspicion, in: The Washington Post online vom 18. März 2017, https://www.washingtonpost.com/politics/inside-trumps-white-house-new-york-moderates-spark-infighting-and-suspicion/2017/03/18/51e3c4d2-0b1c-11e7-a15f-a58d4a988474_story.html?utm_term=.b461d127b188 (Abruf am 30. April 2017).

35 Vgl. *Andrew Prokop*, The White House Power Struggle between Steve Bannon and the “Globalists,” Explained, in: Vox News vom 14. April 2017, <https://www.vox.com/policy-and-politics/2017/4/14/15209072/steve-bannon-trump-kushner-globalists> (Abruf am 30. April 2017). Als Ausnahme hiervon kann *Ivanka Trumps* und *Jared Kushners* Rolle bei der Verhinderung eines Exekutiverlasses zur Beschränkung der Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen, intersexuellen und queeren Menschen (LGBTQ) am Arbeitsplatz gelten. Vgl. *Glenn Thrush / Maggie Haberman*, Ivanka Trump and Jared Kushner Said to Have Helped Thwart L.G.B.T. Rights Rollback, in: The New York Times online vom 3. Februar 2017, <https://www.nytimes.com/2017/02/03/us/politics/lgbt-rights-ivanka-trump-jared-kushner.html> (Abruf am 28. Mai 2017).

den Konservativen traditionell Republikanische Positionen vertritt, nämlich in der Außen- und Handelspolitik sowie bezüglich der Steuerreform, ist ihr Einfluss offenbar stärker.

Eine derart kompetitive Organisation der Administration mit verschiedenen um Macht und Einfluss konkurrierenden Gruppen kann sich negativ auf den politischen Prozess auswirken. Bereits in den ersten hundert Tagen beeinträchtigte der entstehende Reibungsverlust durch Kompetenzstreitigkeiten und sich widersprechende politische Positionen sowohl die Außenwirkung als auch die Politikformulierung der Präsidentschaft. Trumps Versuch, als Reaktion auf den sich schon früh im Weißen Haus abzeichnenden Richtungsstreit zwischen *Bannon* und *Priebus* stärker auf den Rat von Schwiegersohn *Kushner* und Tochter *Ivanka Trump* zu vertrauen, provoziert ebenfalls Kritik. Gerade angesichts nach wie vor intransparenter Geschäftsbeziehungen der beteiligten Personen einschließlich des Präsidenten werfen Beobachter der Administration Nepotismus und Interessenkonflikte vor.³⁶

2.2. Doing it Alone: Unilaterales Handeln des Weißen Hauses unter *Trump*

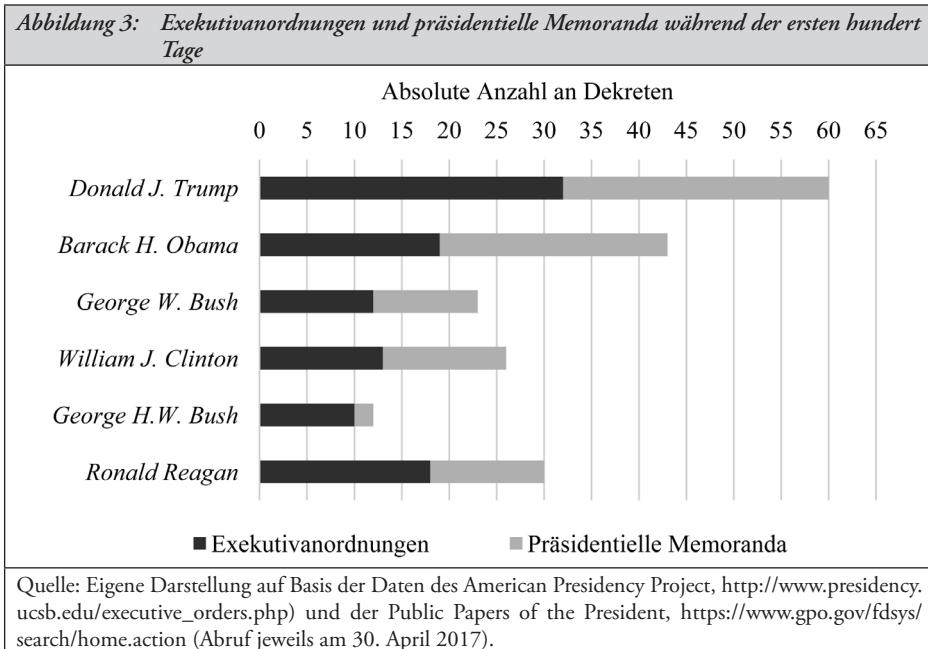
Die widerstreitenden Interessen und ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb des Weißen Hauses traten immer wieder auch in den unilateralen Alleingängen der *Trump*-Administration offen zu Tage. Hier haben in der Anfangsphase insbesondere die zahlreichen exekutiven Dekrete, aber auch der Militärschlag gegen das *Assad*-Regime erneute Debatten über eine Rückkehr der „imperialen Präsidentschaft“³⁷ befeuert. Zunächst kann jedoch festgehalten werden, dass alle Administrationen der jüngeren Vergangenheit versucht haben, ihre Handlungsspielräume durch unilaterale Strategien zu erweitern, wobei die beständige parteipolitische Blockade im Kongress und das hieraus resultierende Vakuum den Hang zu Alleingängen des Weißen Hauses befördert haben.³⁸ In diesem Sinne reiht sich der Einsatz unilateraler Instrumente durch *Trump* durchaus in einen Trend ein, den man auch bei seinen direkten Amtsvorgängern beobachten konnte. Ein vergleichender Blick auf den Einsatz unilateraler Elemente wie Exekutivanordnungen oder präsidentielle Memoranda³⁹ offenbart indes, dass die *Trump*-Administration von Beginn an massiv auf ein unilaterales Vorgehen gesetzt hat (vgl. Abbildung 3). Demnach hat *Trump* in den ersten

36 Vgl. *David Frum*, How to Build an Autocracy, in: The Atlantic vom 17. März 2017, <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2017/03/how-to-build-an-autocracy/513872/> (Abruf am 30. April 2017).

37 *Arthur M. Schlesinger*, The Imperial Presidency. With a New Introduction, Boston / New York 2004.

38 Siehe statt vieler *William G. Howell*, Unilateral Powers: A Brief Overview, in: Presidential Studies Quarterly, 35. Jg. (2005), H. 3, S. 417 – 439; *Kenneth R. Mayer*, With the Stroke of a Pen: Executive Orders and Presidential Power, Princeton 2002; *Andrew Rudalevige*, The New Imperial Presidency. Renewing Power after Watergate, Ann Arbor 2005.

39 Abgeleitet aus seinen verfassungsrechtlichen Kompetenzen kann der Präsident durch Executive Orders, Presidential Memoranda und Proclamations Anweisungen an die Verwaltung übermitteln, um etwa neue Regulierungen einzuführen oder Gesetze nach den Präferenzen der Administration zu implementieren. Diese unilateralen Instrumente müssen an bestehende Gesetze anknüpfen und dürfen keine „neuen“ Gesetze schaffen. Vgl. *Andrew Rudalevige*, Most of Trump's Executive Orders Aren't Actually Executive Orders: Here's Why that Matters, in: The Washington Post online vom 30. Januar 2017, https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/01/30/most-of-trumps-executive-orders-arent-actually-executive-orders-heres-why-that-matters/?utm_term=.c8a61e72503e (Abruf am 30. April 2017).



hundert Tagen nicht weniger als 32 Exekutiverlasse sowie 28 Memoranda unterzeichnet, womit die absolute Gesamtzahl an Dekreten um fast 50 Prozent höher liegt als bei *Obama*, der zuvor die Spitzensposition eingenommen hatte.

Hinsichtlich des substanzIELLEN Gehalts der Exekutivanordnungen zielt die *Trump*-Administration darauf, zentrale Versprechen aus dem Wahlkampf aufzugreifen. Unter anderem sollten *Trumps* Erlasse Reformen der Bürokratie, neue Ethikregeln sowie Bestimmungen zur „revolving door“ zwischen Wirtschaftssektor und Exekutive auf den Weg bringen. In Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik wie unter anderem beim Thema ‚Buy American, Hire American‘ oder dem Rückzug aus den Verhandlungen zur Trans Pacific Partnership (TPP) strebte *Trump* eine Umsetzung seiner populistischen Agenda an. Dies gilt auch für Verschärfungen in den Bereichen Kriminalitätsbekämpfung und Einwanderungspolitik.⁴⁰ Einige der Dekrete sind hierbei in erster Linie als Symbolpolitik zu begreifen, um der Kernwählerschaft Entschlossenheit und Tatkraft zu signalisieren. Hierzu zählen beispielweise die Erlasse zum Bau einer Grenzmauer zu Mexiko, zur Stärkung des Militärs, zum Kampf gegen den Islamischen Staat oder zur Reorganisation der Exekutive. Gerade letztere Anordnung verdeutlicht diesen Zusammenhang: Sie hat das ausdrückliche Ziel, überflüssige Behörden und Ministerien zu identifizieren und anschließend aufzulösen. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass dieses Vorhaben nur wenige direkte Auswirkungen zeitigen

40 Ein guter Überblick über alle Exekutiverlasse findet sich unter anderem bei *Rebecca Harrington*, *Trump Has Already Signed 78 Executive Actions – Here's What Each One Does*, in: *Businessinsider.de* vom 28. April 2017, <http://www.businessinsider.de/trump-executive-orders-memorandum-proclamations-presidential-action-guide-2017-1?op=1>; alle Dekrete finden sich auf der Seite des Weißen Hauses unter <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions> (Abruf jeweils am 30. April 2017).

wird, da sich bereits in der Vergangenheit zahlreiche Administrationen erfolglos an der Reformierung der Exekutive versucht haben. Somit bleibt abzuwarten, inwieweit die Befürchtungen eintreten, dass es der *Trump*-Administration in Kooperation mit ihren Republikanischen Alliierten im Kongress gelingen wird, ein geeignetes Vehikel zu finden, um auf diesem Wege die oben skizzierte Idee einer Demontage des Verwaltungsapparates voranzutreiben.⁴¹ Andere Anordnungen gingen eindeutig über reine Symbolpolitik hinaus. Dies gilt unter anderem für die Dekrete zum Rückbau zahlreicher Regulierungen der Wall Street und im Gesundheitswesen. Die Wiederaufnahme des Keystone Pipeline Projekts und auch Maßnahmen im Bereich der Einwanderungspolitik wie etwa zur strikten Umsetzung der Ausweisung von illegalen Einwanderern haben bereits direkte Auswirkungen gezeigt. Stark umstritten war nicht zuletzt die Verschärfung der Einreisebestimmungen, die *Trump* nur sieben Tage nach seiner Amtsübernahme unter dem Vorwand des Schutzes vor terroristischen Attacken unterzeichnete. Diese Exekutivanordnung sah unter anderem vor, die Vergabe von Einreisevisa grundlegend zu überholen, die Aufnahme von Bürgerkriegsopfern aus Syrien auf von ursprünglich 110.000 im Jahr 2015 und 85.000 2016 auf 50.000 für 2017 zu begrenzen, sowie (de facto) Flüchtlinge mit christlichem Glauben aus ausgewählten Staaten zu bevorteilen.⁴² Zentrales Element war jedoch, dass *Trump* mit der Unterschrift für zunächst 90 Tage Angehörigen aus sieben überwiegend muslimischen Herkunftsländern die Einreise in die USA untersagte – unabhängig davon, ob sie bereits ein gültiges Visum besaßen oder nicht.

Auch wenn der per Verordnung erwirkte Einreisestopp eine Woge an Protesten hervorrief, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die öffentliche Meinung über die Richtigkeit der Maßnahme tief gespalten war. Laut einer Umfrage von CNN sprachen sich rund 53 Prozent der Befragten gegen das Einreiseverbot aus, während 47 Prozent den Erlass befürworteten und für richtig erachteten.⁴³ Die Maßnahme Präsident *Trumps* traf damit zwar nicht auf die Zustimmung einer Mehrheit, aber doch eines großen Teils der amerikanischen Gesellschaft. Umso mehr verwundert die unbedachte Implementierung der Anordnung, die man durchaus als dilettantisch bezeichnen kann. Berichten zufolge war lediglich ein enger Kreis an Personen innerhalb des Weißen Hauses unter Führung der konservativ-nationalistischen Vordenker der *Trump*-Regierung wie *Bannon* oder *Miller* mit der Formulierung der Anordnung betraut. Dagegen wurden im Vorfeld nur wenige Gespräche mit Mitarbeitern der betroffenen Ministerien geführt, und auch die Mitglieder der entsprechenden Ausschüsse im Kongress wurden weitestgehend im Dunkeln gelassen.⁴⁴

41 So bietet das Weiße Haus unter anderem auf seiner Homepage seit kurzem die Möglichkeit, an einer Umfrage teilzunehmen, welche Behörden abgeschafft werden sollen. Neben den üblichen Verdächtigen wie der Umweltbehörde, dem Bildungsministerium oder der Steuerbehörde können die Bürger auch für die Auflösung anderer Institutionen wie beispielweise der Central Intelligence Agency (CIA) oder gar des Weißen Hauses abstimmen. Die Umfrage findet sich unter <https://www.whitehouse.gov/reorganizing-the-executive-branch> (Abruf am 30. April 2017).

42 Siehe den Text der Exekutivanordnung unter: The White House Office of the Press Secretary, Executive Order: Protecting The Nation From Foreign Terrorist Entry Into the United States, 27. Januar 2017, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/01/27/executive-order-protecting-nation-foreign-terrorist-entry-united-states> (Abruf am 30. April 2017).

43 Vgl. *Jennifer Agiesta*, CNN/ORC Poll: Majority Oppose Trump's Travel Ban, 3. Februar 2017, <http://edition.cnn.com/2017/02/03/politics/donald-trump-travel-ban-poll/> (Abruf am 30. April 2017).

44 Siehe etwa die Hintergrundberichte von *Rosie Gray*, How Stephen Miller's Rise Explains the Trump White House, in: The Atlantic vom 4. Februar 2017, <https://www.theatlantic.com/politics/archi>

Begleitet von Massenkundgebungen in Städten und größeren Flughäfen erreichte eine Reihe an Klagen die Bundesgerichte, und so wurde der Einreisestopp letztlich aufgrund der Diskriminierung auf Basis des Glaubens und der Herkunft einzelner Personen und angesichts keiner glaubwürdigen Bedrohungslage, die eine solch drastische Einschränkung rechtfertigen könnte, für verfassungswidrig erklärt. Dies trifft auch für eine zweite, wesentlich enger gefasste Exekutivanordnung zu, die am 6. März 2017 von *Trump* unterzeichnet wurde. Darüber hinaus wurde auch das Dekret, das „Sanctuary Cities“⁴⁵ Bundesmittel entziehen würde, von einem Gericht wieder einkassiert. Diese Beispiele zeugen davon, dass die Institutionen des Rechtsstaats und der Zivilgesellschaft durchaus funktionieren und offensichtlichen Exzessen der Exekutive effektiv Einhalt geboten werden kann.

3. Die öffentliche Janus-Gestalt der Präsidentschaft Trumps

Typischerweise kann eine neue Administration nach ihrem Wahlsieg zunächst mit wohlwollenden Umfragewerten rechnen, die ihr einen gewissen Bonus sowohl innerhalb der breiten Bevölkerung als auch bei den Medien und den anderen politischen Akteuren einräumen. Mit seinem Einzug ins Weiße Haus ging *Donald J. Trump* jedoch als der Präsident in die Geschichte ein, der die geringste öffentliche Rückendeckung der jüngeren Präsidentschaften aufweisen konnte. Drei Tage nach der Amtseinführung stellten lediglich 45 Prozent der Befragten *Trump* ein positives Zeugnis aus.⁴⁶ Seine Beliebtheitswerte fielen damit sogar noch geringer aus als bei *George W. Bush* (57 Prozent), dessen Start in die Präsidentschaft von der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zur Neuauzählung in Florida überschattet wurde. Auch *Bill Clintons* Zustimmungswerte lagen deutlich höher (58 Prozent), obwohl sich der 42. Präsident im Dreikampf mit *George H. W. Bush* und *Ross Perot* nur mit einer relativen Mehrheit durchsetzen konnte. Noch stärker wiegt jedoch die große Ablehnung, die *Trump* hervorruft. Demnach antworteten ebenfalls 45 Prozent der befragten Personen negativ auf die Frage nach der Art und Weise, wie er das Präsidentenamt ausübt – ein Niveau, das gewöhnlich erst wesentlich später in einer Präsidentschaft erreicht wird. Zum selben Zeitpunkt etwa lag die Ablehnungsquote für *Obama* bei nur zwölf, bei *Bush Jr.* bei rund 25 und bei *Clinton* bei 20 Prozent.⁴⁷

ve/2017/02/how-stephen-millers-rise-explains-the-trump-white-house/515652/; *Evan Perez / Pamela Brown / Kevin Liptak*, Inside the Confusion of the Trump Executive Order and Travel Ban, in: CNN vom 30. Januar 2017, <http://edition.cnn.com/2017/01/28/politics/donald-trump-travel-ban/>; *Kim Soffen / Darla Cameron*, How Trump's Travel Ban Broke from the Normal Executive Orders Process, in: The Washington Post online vom 9. Februar 2017, <https://www.washington-post.com/graphics/politics/trump-travel-ban-process/> (Abruf jeweils am 30. April 2017).

45 Sanctuary Cities sind diejenigen Städte, die sich nicht an die von der Regierung verfügte strikte Ausweisung von Immigranten ohne gültige Visa halten. Vgl. *Vivian Yee*, Judge Blocks Trump Effort to Withhold Money from Sanctuary Cities, in: The New York Times online vom 25. April 2017, <https://www.nytimes.com/2017/04/25/us/judge-blocks-trump-sanctuary-cities.html> (Abruf am 30. April 2017).

46 Siehe Umfragen durchgeführt von Gallup Polls: <http://www.gallup.com/poll/201617/gallup-daily-trump-job-approval.aspx> (Abruf am 30. April 2017).

47 Vgl. *Gerhard Peters*, Initial Presidential Job Approval Ratings, in: *John T. Woolley / Gerhard Peters* (Hrsg.), The American Presidency Project, Santa Barbara 2017, http://www.presidency.ucsb.edu/data/initial_approval.php (Abruf am 30. April 2017).

3.1. Divided States, Divided Evaluations: Zwei unterschiedliche Präsidentschaften?

Diese aggregierten Umfragedaten geben zwar einen ersten Eindruck von der Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung, sie verdecken aber auch ein wesentliches Element gegenwärtiger Politik in den USA, nämlich ihre extreme politische Polarisierung. Um diese zu Tage zu fördern, differenziert Abbildung 4 den Zustimmungstrend zur Amtsführung von *Donald J. Trump* nach der jeweiligen Parteiidentifikation der Befragten. So zeichnet sich ein eindeutiges Bild von den ersten hundert Tagen seiner Präsidentschaft: Während *Trumps* Amtsführung nur bei einem Fragment der Demokratischen Parteigänger auf Zustimmung stößt, wird sie mit fast 90 Prozent von der überwältigenden Mehrheit der Anhänger der Republikanischen Partei gutgeheißen. Bei Personen, die keinerlei Parteipräferenz angeben, liegt die Unterstützung stets drei bis vier Prozentpunkte niedriger als für die Gesamtbevölkerung ohne die Berücksichtigung der Parteiidentifikation.

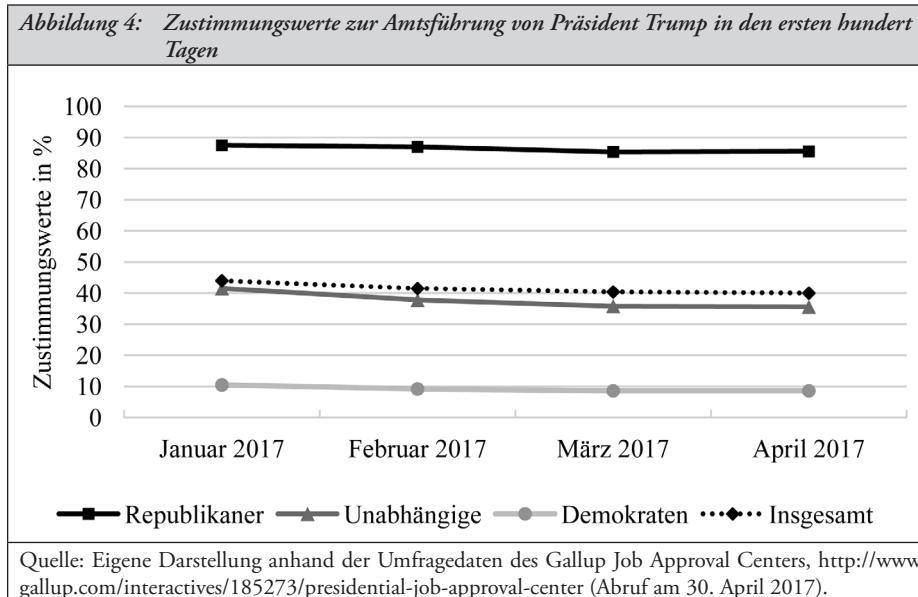
Diese Werte veranschaulichen eine zentrale Ambivalenz der bisherigen Präsidentschaft. Egal was *Trump* in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit auch geleistet hat, seine Unterstützer bejubeln ihn und befürworten seine Handlungen, während die andere Seite seine Amtsführung grundlegend ablehnt. Nun ist dies kein neuartiges Phänomen, sondern kennzeichnete auch schon frühere Präsidentschaften.⁴⁸ Allerdings ist zu beobachten, dass die Kluft bei den Zustimmungswerten zwischen den jeweiligen Anhängern der beiden Parteien über die letzten Dekaden in dem Maße zugenommen hat, wie auch andere Indikatoren der parteipolitischen Polarisierung in die gleiche Richtung zeigen. Einen historischen Tiefpunkt erreichte diese polarisierte Evaluation der Amtsführung während der Präsidentschaftswahlen 2012, als der Unterschied in der Bewertung von *Obama* zwischen Demokraten (92 Prozent) und Republikanern (sechs Prozent) ganze 86 Prozentpunkte betrug.⁴⁹ Davon ist Präsident *Trump* mit 75 Prozentpunkten Differenz zwischen der Evaluierung Republikanischer und Demokratischer Parteianhänger zwar noch weit, aber nicht allzu weit entfernt.⁵⁰ Dabei ist die Teilung entlang parteipolitischer Lager nur eine von vielen gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sich zwar teilweise, aber nicht vollständig überlagern. Einer Analyse von Gallup zufolge erhält *Trump* die meiste Zustimmung aus der Arbeiterschicht, den ländlichen Gebieten sowie den evangelikalen Hochburgen, während er und seine Politik aus den großen urbanen Zentren und deren Vorstädten, oder auch aus den Universitätsstädten weitaus weniger Rückendeckung bekommt. Diese geographische Verteilung deckt sich in großen Teilen mit den Wählerkoalitionen, die *Trump* im November 2016 ins Amt gebracht haben.⁵¹

48 Vgl. *Larry M. Bartels*, Beyond the Running Tally: Partisan Bias in Political Perceptions, in: *Political Behavior*, 24. Jg. (2002), H. 2, S. 117 – 150; *Paul Gronke / Brian Newman*, Public Evaluations of Presidents, in: *George C. Edwards / William G. Howell* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the American Presidency*, Oxford / New York 2009, S. 232 – 253.

49 Vgl. *Markus B. Siewert*, a.a.O. (Fn. 4), S. 147.

50 Vgl. Gallup Job Approval Center, <http://www.gallup.com/interactives/185273/presidential-job-approval-center.aspx>. Einen detaillierten Überblick liefert auch der Pew Research Report, In First Months, Views of Trump Are Already Strongly Felt, Deeply Polarized, 16. Februar 2017, <http://www.people-press.org/2017/02/16/in-first-month-views-of-trump-are-already-strongly-felt-deeply-polarized> (Abruf jeweils am 30. April 2017).

51 Vgl. *Dante Chinni*, Near 100-Day Mark, Trump Approval Exposes Fragmented US, in: *Gallup.com* vom 28. April 2017, <http://www.gallup.com/poll/209426/near-100-day-mark-trump-approval-exposes-fragmented.aspx> (Abruf am 30. April 2017).



Angesichts dieser Unterschiede überrascht es wenig, dass nicht nur die persönlichen Zustimmungswerte, sondern auch der Rückhalt zu einzelnen Politikinhalten stark nach der parteipolitischen Zugehörigkeit variiert. Demnach treffen nur wenige von *Trumps* Initiativen auf die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung. Eines der wenigen Themen, bei dem die *Trump*-Administration über ein breites Spektrum punkten könnte, wären Investitionen in die marode amerikanische Infrastruktur, die parteiübergreifend befürwortet werden. Zwar deckt sich dies mit den Prioritäten *Trumps* im Wahlkampf, rangiert aber zugleich weit hinten auf der politischen Agenda des Republikanisch dominierten Kongresses. Ein anderer Bereich, in dem der Präsident weite Teile der allgemeinen Bevölkerung hinter sich weiß, ist seine Initiative, die bezahlte Elternzeitregelung auszuweiten, was aber ebenfalls keine Priorität der Republikanischen Abgeordneten und Senatoren darstellt. Blickt man über diese beiden Themen hinaus, weist die Bevölkerung eine ähnliche Polarisierung auf wie bei den Zustimmungswerten zum Präsidenten. So finden die meisten Prioritäten des Weißen Hauses wie beispielweise die Rücknahme von Obamacare, die Ausweitung der Militärausgaben, der Einreisestopp oder die Bewilligung der Keystone Pipeline zwar eine große Befürwortung aus den Reihen Republikanischer Wähler, werden gleichzeitig aber von den Demokraten mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Während diese Initiativen bei knapp 50 Prozent der Gesamtbevölkerung Anklang finden, stoßen einige wenige Maßnahmen der *Trump*-Administration sogar auf breite Ablehnung, zum Beispiel der Bau der Mauer zu Mexiko, der Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst oder die Aussetzung von Finanzmitteln für Nicht-Regierungsorganisationen, die eine liberale Haltung in der Abtreibungsfrage befürworten. Aber selbst hier muss konstatiert werden, dass diese Politik von einer großen Mehrheit der Republikanischen Wählerschaft mitgetragen wird.⁵²

52 Vgl. Frank Newport, Trump Family Leave, Infrastructure Proposals Widely Popular, in: Gallup.com vom 7. April 2017, <http://www.gallup.com/poll/207905/trump-family-leave-infrastructure-propo>

3.2. Who Is the Enemy of the People? Die *Trump*-Administration und die Medien

Als ambivalent muss auch die Beziehung zwischen der *Trump*-Administration und den Medien bezeichnet werden. Einerseits war von Tag eins an ein konfliktträchtiges Verhältnis erkennbar, als der Sprecher des Weißen Hauses, *Sean Spicer*, vor die Pressevertreter trat, um die Menschenmenge auf der Washington Mall im Rahmen der Inaugurationsfeierlichkeiten zu kommentieren. Schon vor Amtsantritt hatten einige Ankündigungen für erhebliche Irritationen gesorgt, wie etwa, dass die neue *Trump*-Administration über Änderungen nachdenke, den Pool des Pressekorps rotieren zu lassen oder die Medien eventuell aus dem Weißen Haus ins Eisenhower-Building umzusiedeln. Andererseits scheint Präsident *Trump* aber auch nahezu besessen von der medialen Berichterstattung über seine Person. So sucht er stets das Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit und verfolgt genau, wie er in den Medien dargestellt wird. Auch wenn ein Hintergrundartikel des Magazins *Politico* berichtete, dass die Beziehungen zwischen den Pressevertretern und dem Weißen Haus nicht ganz so zerrüttet sind, wie es oftmals dargestellt wird⁵³, sind dennoch immer wieder deutliche Friktionen zwischen der zweiten und der „vierten“ Gewalt erkennbar.

In den ersten 100 Tagen hat sich zwischen dem Weißen Haus und den Medien eine Art Katz-und-Maus-Spiel um „alternative Fakten“ eingestellt.⁵⁴ Mittlerweile verfolgen zahlreiche Transparency-Blogs und Policy-Tracker jede Aussage des Präsidenten und seines Stabes, um sie auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Der Fact-Checker der *Washington Post* listet beispielsweise nicht weniger als 488 falsche oder irreführende Aussagen von Präsident *Trump* über den Zeitraum der ersten hundert Tage auf.⁵⁵ Auch *PolitiFact* kommt zu dem Urteil, dass 68 Prozent der Äußerungen Halbwahrheiten oder schlichtweg falsch sind.⁵⁶ Allerdings hat die *Trump*-Administration auch eine Antwort parat, wenn der Präsident und seine Mitarbeiter ausgewählte Medien immer wieder als „Lügenpresse“ bezeichnen. In einem Tweet vom 17. Februar 2017 unter dem Account @realDonaldTrump wurden die Medien nicht nur als „[...] FAKE NEWS media (failing @nytimes, @NBCNews, @ABC, @CBS, @CNN)“, sondern auch als „[...] not my enemy, it is the enemy of the American People!“ charakterisiert.⁵⁷

sals-widely-popular.aspx; *Philipp Bump*, On Nearly Every Issue, More Americans Oppose Trump's Agenda Than Support it, in: The Washington Post online vom 8. März 2017, https://www.washingtonpost.com/news/politics/wp/2017/03/08/on-nearly-every-issue-more-americans-oppose-trumps-agenda-than-support-it/?utm_term=.2f841be3fb4a (Abruf jeweils am 30. April 2017).

53 Vgl. *Ben Schreckinger / Hadas Gold*, Trump's Fake War on the Fake News, in: Politico.com vom Mai/Juni 2017, <http://www.politico.com/magazine/story/2017/04/23/trump-loves-media-reporters-white-house-215043> (Abruf am 30. April 2017).

54 Der Ausdruck der „alternative facts“ geht auf die Rechtfertigung von *Trump*-Beraterin *Kellyanne Conway* auf Presseprecher *Sean Spicers* Darstellung der Inaugurationsfeierlichkeiten zurück, in der es darum ging, ob mehr Zuschauer der Amtseinführung *Obamas* oder *Trumps* folgten. Der Begriff hat sich nunmehr als Synonym für bestenfalls ambivalente Deutungen, schlimmstenfalls offensichtliche Lügen etabliert.

55 Fact Checker, 100 days of Trump claims, in: The Washington Post online, https://www.washingtonpost.com/graphics/politics/trump-claims/?utm_term=.809af5b197a7 (Abruf am 30. April 2017).

56 Vgl. *PolitiFact*, Donald Trump's file, in: Politifact.com, <http://www.politifact.com/personalities/donald-trump/> (Abruf am 30. April 2017).

57 *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 17. Februar 2017, <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/832708293516632065?lang=en> (Abruf am 30. April 2017).

Auch wenn das Vertrauen in die Medien bereits seit geraumer Zeit angekratzt ist⁵⁸, zeigt eine Umfrage zum Ende der hundert Tage, dass 37 Prozent der Bevölkerung eher Präsident *Trump* und seiner Administration trauen, die Wahrheit zu sagen, während nur 29 Prozent dies den Medien attestieren. Auch hier tritt der parteipolitische Bias zutage: Unter Republikanern ist das Vertrauen in die *Trump*-Administration weitaus ausgeprägter (72 Prozent) als unter Demokraten (zwölf Prozent), während die Zahlen in Bezug auf die Medien mit zehn zu 54 Prozent entgegengesetzt verlaufen. Zusätzlich gaben rund 51 Prozent an, dass *Trump* ehrlich gegenüber der Bevölkerung agiere, während nur 42 Prozent dies auch von den Medien behaupteten.⁵⁹ Somit scheint die Strategie der Regierung in der Auseinandersetzung mit den Medien durchaus aufzugehen. *Trump* spielt hier die zunehmende Ausdifferenzierung der Medienlandschaft sowie das Aufkommen neuer Kommunikationskanäle wie Twitter, Facebook und Co zusätzlich in die Karten. Demnach erschwert die Herausbildung einer Vielzahl an Nischenöffentlichkeiten zunehmend eine Verständigung jenseits der abgeschotteten gesellschaftlichen Lebenswelten. Gleichzeitig gelingt es der *Trump*-Administration, ihre Inhalte und Botschaften über Fox News sowie insbesondere via Twitter und andere Online-Medien wie Breitbart zielgruppenspezifisch zu verbreiten.

4. Die erfolgreichsten 100 Tage der US-amerikanischen Geschichte?

Konfrontiert mit der Aussage, dass er sich das Alltagsgeschäft des US-Präsidenten leichter vorgestellt hatte, entgegnete *Donald J. Trump* am 28. April 2017: „It's a false standard, 100 days, but I have to tell you, I don't think anybody has done what we did over the 100 days. So we're very happy.“⁶⁰ Einige Stunden später unterstrich der Präsident in seiner wöchentlichen Ansprache nochmals die historische Qualität seiner Administration, wonach „the first 100 days of my Administration has been just about the most successful in our country's history.“⁶¹ Schon einige Tage zuvor hatte das Weiße Haus eine Aufzählung von Gesetzen und Exekutivanordnungen veröffentlicht, um die Errungenschaften der ersten hundert Tage herauszustellen. Auf die Liste der historischen Leistungen der Ära *Trump* schafften es dabei die zuvor genannten dreizehn Joint Resolutions unter dem CRA, die 30 unilateralen Exekutiverlasse sowie die 28 verabschiedeten Gesetze, wobei sich das Weiße Haus auf eine reine Auflistung ohne weitere inhaltliche Ausführungen beschränkte.⁶²

58 Siehe etwa *Art Swift*, Americans' Trust in Mass Media Sinks to New Low, in: Gallup.com vom 14. September 2016, <http://www.gallup.com/poll/195542/americans-trust-mass-media-sinks-new-low.aspx> (Abruf am 30. April 2017).

59 Vgl. *Cameron Easley*, Political Media Earns Poor Marks from Americans, in: Morningconsult.com vom 28. April 2017, <https://morningconsult.com/2017/04/28/political-media-earns-poor-marks-americans/> (Abruf am 30. April 2017).

60 *Donald J. Trump*, Remarks by President Trump at Signing of Executive Order on an America-First Offshore Energy Strategy, in: Whitehouse.gov vom 28. April 2017, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/04/28/remarks-president-trump-signing-executive-order-america-first-offshore> (Abruf am 30. April 2017).

61 Ders., President Donald J. Trump's Weekly Address, in: Whitehouse.gov vom 28. April 2017, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/04/28/president-donald-j-trumps-weekly-address>. (Abruf am 30. April 2017).

62 Office of the Press Secretary, President Trump's 100 Days of Historic Accomplishments, in:

Die Zitate können als Belege für die Hybris gelten, die sich bereits über weite Strecken der ersten hundert Tage der *Trump*-Präsidentschaft gezogen hatte. Nach einem mit harten Bändagen geführten Wahlkampf gegen *Hillary Clinton* war mit Spannung erwartet worden, inwieweit dem populistischen Wahlkämpfer *Trump* die Transformation zum Präsidenten gelingen würde. Welche inhaltlichen Prioritäten würde das neue Weiße Haus zuerst angehen und wie gestaltet sich das Verhältnis zu einer Republikanischen Partei, die zwar die Mehrheit in beiden Kongresskammern innehatte, deren Beziehungen zu *Trump* und seinem Team allerdings bei weitem nicht immer frei von Konflikten gewesen waren? Festzuhalten ist, dass es der *Trump*-Administration schwer fiel, die selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Dies liegt zum einen auch an den völlig überzogenen Erwartungen, was in den ersten hundert Tagen bewerkstelligt werden kann. Zum anderen konnte aber auch aufgezeigt werden, dass es dem Weißen Haus nur bedingt gelungen ist, die vorhandenen strukturellen Handlungsräume zu seinen Gunsten zu nutzen.

Zu den eindeutigen Erfolgen der ersten hundert Tage zählt zweifelsohne die Berufung von *Neil Gorsuch* als Richter am Supreme Court, wobei *Trump* abgesehen von der Auswahl *Gorsuchs* nicht viel eigenes politisches Kapital eingesetzt hatte. Darüber hinaus kann die Administration Resultate im Bereich der Gesetzgebung vor allem dort vorweisen, wo es um einen Rückbau der *Obama*-Ära geht wie zum Beispiel bei zahlreichen Deregulierungen im Umweltschutz, im Arbeits- und Finanzmarkt oder Gesundheitswesen. Jenseits dessen ist die Umsetzung eigener substanzIELLER Gesetzesvorhaben, sieht man einmal von einigen wenigen kleineren Initiativen ab, bis dato noch nicht in Fahrt gekommen. Im Gegenzug musste das Weiße Haus aber bereits einige Misserfolge hinnehmen: Die zunächst gescheiterte Reform von *Obamacare*, aber auch die juristischen Niederlagen bezüglich der unilateralen Maßnahmen beim Einreiseverbot und der Sanktionierung von „*Sanctuary Cities*“ stellen Rückschläge bei der Durchsetzung der Prioritäten des Weißen Hauses dar. Auch die vorläufige Einigung in den Haushaltsverhandlungen, mit der an Tag 99 der Administration ein „*Government Shutdown*“ kurzfristig verhindert werden konnte, unterstreicht, wie groß die Hürden für den Präsidenten sind, im Kongress seine politische Agenda angesichts parteipolitischer Polarisierung zu realisieren.

Nach hundert Tagen im Amt weist Präsident *Trumps* legislative Bilanz sowohl Niederlagen als auch Erfolge auf und wird von strukturellen Faktoren mitbestimmt, die auch frühere Präsidentschaften geprägt haben. Auch der Versuch des Präsidenten, den eigenen Handlungsspielraum durch den Einsatz unilateraler Instrumente zu vergrößern, bestätigt einen bereits vor *Trump* diagnostizierten Trend. In dieser Hinsicht erscheint *Trumps* Präsidentschaft eher als gewöhnlich. Ungewöhnlich sind demgegenüber vor allem die Nutzung neuer Kommunikationskanäle zur Verbreitung „*alternativer Fakten*“, eine von Beginn an polarisierte öffentliche Bewertung seiner Präsidentschaft und der massive Konflikt mit führenden amerikanischen Medien. Gerade mit Blick auf die Kontroverse um eine Einmischung Russlands zugunsten *Trumps* bei den Wahlen von 2016 wird diese außergewöhnliche Seite *Trumps* die Präsidentschaft wohl weit über die ersten 100 Tage hinaus prägen.